

Klima- und Umweltbündnis Stuttgart

www.KUS-Stuttgart.de

Manfred Niess Kernerstr. 22B 70182 Stuttgart
Tel:0711/ 29 70 82 e-mail: MNiess@t-online.de



An den
Fraktionsvorsitzenden der
Gemeinderatsfraktion der CDU
Herrn Alexander Kotz
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Stuttgart, 21.9.2014

Sehr geehrter Herr Kotz,

in München, Essen, Hannover, Kassel, ist das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) und das Dienstleistungsabkommen (TISA) ein Thema und wurde im Gemeinderat diskutiert. Es wurden auch Resolutionen verabschiedet.

Bei den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft sind die oben genannten Abkommen schon lange ein Thema und werden kontrovers diskutiert.

OB Kuhn hat sich zu diesem Thema an den Ministerpräsidenten gewandt, aber im Stuttgarter Gemeinderat ist das Thema noch nicht angekommen, obwohl Stuttgart in einem viel stärkeren Maße von diesen Abkommen betroffen sein könnte als z.B. München.

Dazu zwei Beispiele:

Die Stuttgarter Wasserversorgung ist gegenwärtig noch in der Hand der EnBW, einem privaten Konzern. Bei der Frage der Rekommunalisierung des Wassers gibt es einen Rechtsstreit zwischen der Landeshauptstadt und der EnBW, der sich noch Jahre hinziehen kann. Falls TTIP verabschiedet wird und die EnBW immer noch Eigentümer des Wassernetzes ist, kann dieses Wassernetz nicht mehr rekommunalisiert werden, sondern muss in der Hand eines privaten Eigentümers bleiben.

Fracking im Bodenseeraum könnte direkt die Trinkwasserversorgung in Stuttgart bedrohen. Mit TTIP könnten ausländische Konzerne wie z.B. Exxon gegen Umweltvorschriften der Bundesrepublik klagen, weil sie eine Wettbewerbsbenachteiligung in diesen Vorschriften sehen könnten.

Der DGB stellt u.a. folgende Forderungen:

TTIP dürfe "Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden." Außerdem sollten mit TTIP keine Investitionsschutzvorschriften eingeführt werden. Es müsse eine öffentliche Debatte unter Beteiligung der Zivilgesellschaft geben.

Zur Frage einer Investitionsschutzklausel in TTIP sagte Hoffmann: "Europa hat gut funktionierende Rechtssysteme. Niemand braucht zusätzliche Investitionsschutzvorschriften für die Wirtschaft. Es geht schließlich auch ohne, das zeigen andere Handelsabkommen, wie das zwischen den USA und Australien. Und erst recht dürfen demokratische Rechtssysteme nicht außerkraftgesetzt werden." Gleiches gelte für das Freihandelsabkommen CETA zwischen EU und Kanada: "Ceta muss vom Bundesrat und vom Bundestag ratifiziert werden. Und auch dort gilt: Kein Investorenschutz."

Besonders wichtig für den Gemeinderat der Stadt Stuttgart ist die letzte Forderung:

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch TTIP nicht geschwächt werden:

"Keine Kommune darf über TTIP gezwungen werden, Schwimmbäder, Straßen oder Friedhöfe zu privatisieren. Der Gestaltungsspielraum muss erhalten bleiben. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist kein Spielball für Wirtschaftsinteressen."

Zu dieser Daseinsvorsorge gehören auch das Wasser- Gas- und Fernwärmenetz.

Wir fordern den Gemeinderat zu einer öffentlichen Debatte unter Beteiligung der Zivilgesellschaft auf, damit die Auswirkungen von TTIP, CETA und TISA in der Stadtgesellschaft ein Thema werden und auch im Stuttgarter Gemeinderat entsprechende Beschlüsse gefasst werden können.

Im Anhang ist eine Auswahl von Städten, Gemeinden, Kreistagen die zu TTIP bereits Resolutionen verfasst haben.

Mit freundlichen Grüßen - stellvertretend für alle Bündnismitglieder

Manfred Niess , Dieter Bareis, Traude Heberle-Kik,
